

# Prova A18

## Prova di Scienze Umane per ambito disciplinare 6 - A18 Filosofia e Scienze umane

### Domande a risposta aperta

**Quesito 1** - Il Ministero dell'Istruzione ha pubblicato nel gennaio 2013 la Direttiva del 27/12/2012 intitolata: Strumenti d'intervento per alunni con bisogni educativi speciali e organizzazione territoriale per l'inclusione scolastica.

Il candidato, in armonia con tale rilevante normativa che ha ampliato l'ambito della riflessione sull'inclusione scolastica, immagini di dover chiarire in maniera sintetica ai propri allievi quali siano nel complesso le aree dello svantaggio scolastico ricomprese sotto la nozione di bisogni educativi speciali (BES) e con quali approcci metodologici possano essere rilevate e trattate.

**Quesito 2** - Il candidato, alla luce del sistema nazionale di valutazione delineato dal DPR 80/2013, illustri le metodologie di valutazione che utilizzerebbe in una classe con alunni immigrati, BES e DSA, dimostrandone le specifiche funzioni.

**Quesito 3** - Il diritto allo studio è un principio sancito dalla Costituzione italiana.

Il candidato declini una lezione finalizzata alla spiegazione di tale principio, facendo rilevare le strategie, i mezzi e le tipologie di verifica che utilizzerebbe per garantire concretamente tale diritto ad una classe in cui sono presenti alunni immigrati, BES, DSA.

**Quesito 4** - Il candidato nell'ipotesi di dover esemplificare ai suoi allievi quale sia la funzione dell'analisi multivariata nell'ambito della ricerca sociologica formuli un esempio che abbia come oggetto proprio l'ipotetico gruppo classe a cui è indirizzata la sua spiegazione.

Sulla base dell'esempio costruito giunga quindi a formulare una chiara definizione del concetto di analisi multivariata.

**Quesito 5** - Nella scuola italiana, come in quella europea, è centrale il tema della competenza che viene definita dalla Raccomandazione del Parlamento europeo e del Consiglio del 23 maggio 2008 come "comprovata capacità di utilizzare conoscenze, abilità e capacità personali, sociali e/o metodologiche, in situazioni di lavoro o di studio e nello sviluppo professionale e personale".

Il candidato ipotizzi una lezione per spiegare, in una classe terminale del secondo ciclo, il significato del concetto di competenza ed espliciti attraverso quali tipologie di verifica accerterebbe la competenza negli allievi, secondo una molteplicità di approcci.

**Quesito 6** - In armonia con le Competenze chiave di cittadinanza - relative quindi alla costruzione del sé, del cittadino, e del lavoratore - da acquisire al termine dell'istruzione obbligatoria, allegate al DM 139/2007 (innalzamento obbligo scolastico)

1. Imparare ad imparare
2. Progettare
3. Comunicare
4. Collaborare e partecipare
5. Agire
6. Risolvere problemi
7. Individuare collegamenti e relazioni
8. Acquisire ed interpretare l'informazione,

il candidato ipotizzi una lezione, per una seconda classe del primo biennio, al fine di verificare e valutare (eventualmente prevedendo interventi di recupero) il raggiungimento di una delle succitate competenze.

## Domande a risposta multipla - DE

**Quesito 7 Domanda A** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die jungen Menschen beschäftigen sich intensiv mit den Chancen, die sich ihnen auf dem Arbeitsmarkt bieten. Sie sind der Ansicht, der beste Weg zur sozialen Integration bestehe darin, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Jugendlichen hätten gerne eine klare Orientierung, um auf lange Sicht ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden. Einen Arbeitsplatz zu haben ist gleichbedeutend mit dem Status eines Erwachsenen, mit Selbstwertgefühl, Geld, Unabhängigkeit und der Möglichkeit zur Ausweitung der sozialen Kontakte. Jugendliche, die vom Arbeitsmarkt abgeschnitten sind, büßen die Möglichkeit ein, neue Perspektiven zu entwickeln und sich in die Gesamtgesellschaft zu integrieren.*

*Die Jugendlichen sind bereit zu arbeiten, doch es wird immer schwieriger, einen guten Arbeitsplatz zu finden. Die jungen Menschen wissen, dass ihre Beschäftigungsfähigkeit und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen, wenn sie über eine gute Ausbildung und angemessene Fähigkeiten verfügen und einige Zeit in einer Schule oder an einer Universität im Ausland verbracht haben. Dies erhöht den auf ihnen lastenden Druck, und die Erwartungen, die in Bezug auf Mobilität, Flexibilität, Kompetenzen und Fähigkeiten an sie gerichtet werden, werden immer höher. Wenn die Jugendlichen längere Zeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung verbringen, bleiben sie länger von ihren Familien und den öffentlichen Einrichtungen abhängig. Was den Wechsel aus dem allgemeinen und beruflichen Bildungssystem in den Arbeitsmarkt anbelangt, so hat sich die Situation in den vergangenen 20 Jahren objektiv verschlechtert. Das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin höher als die allgemeine Arbeitslosenrate. Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosenrate für die Gesamtbevölkerung in den 15 EU-Mitgliedstaaten bei 8,4 %, während die entsprechende Rate für Jugendliche unter 25 Jahren mit 16,1 % fast doppelt so hoch war. Die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse breiten sich aus. Die Gehälter von Jugendlichen sind verglichen mit denen erwachsener Arbeitskräfte gesunken. Jugendliche brauchen heute sehr viel länger, um eine stabile Position auf dem Arbeitsmarkt zu finden. [...]*

**Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 44 (2001)**

Die Jugendlichen von heute sind davon überzeugt, dass ...

- a) ... es notwendig ist, einen Arbeitsplatz zu haben, um sich gesellschaftlich integrieren zu können.
- b) ... es die Pflicht der Gesellschaft ist, für die Jugendlichen zu sorgen.
- c) ... es in Zukunft einfacher wird, einen Arbeitsplatz zu finden.
- d) ... man heutzutage ohne große Anstrengung einen guten Arbeitsplatz finden kann.

**Quesito 7 Domanda B** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die jungen Menschen beschäftigen sich intensiv mit den Chancen, die sich ihnen auf dem Arbeitsmarkt bieten. Sie sind der Ansicht, der beste Weg zur sozialen Integration bestehe darin, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Jugendlichen hätten gerne eine klare Orientierung, um auf lange Sicht ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden. Einen Arbeitsplatz zu haben ist gleichbedeutend mit dem Status eines Erwachsenen, mit Selbstwertgefühl, Geld, Unabhängigkeit und der Möglichkeit zur Ausweitung der sozialen Kontakte. Jugendliche, die vom Arbeitsmarkt abgeschnitten sind, büßen die Möglichkeit ein, neue Perspektiven zu entwickeln und sich in die Gesamtgesellschaft zu integrieren.*

*abgeschnitten sind, büßen die Möglichkeit ein, neue Perspektiven zu entwickeln und sich in die Gesamtgesellschaft zu integrieren.*

*Die Jugendlichen sind bereit zu arbeiten, doch es wird immer schwieriger, einen guten Arbeitsplatz zu finden. Die jungen Menschen wissen, dass ihre Beschäftigungsfähigkeit und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen, wenn sie über eine gute Ausbildung und angemessene Fähigkeiten verfügen und einige Zeit in einer Schule oder an einer Universität im Ausland verbracht haben. Dies erhöht den auf ihnen lastenden Druck, und die Erwartungen, die in Bezug auf Mobilität, Flexibilität, Kompetenzen und Fähigkeiten an sie gerichtet werden, werden immer höher. Wenn die Jugendlichen längere Zeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung verbringen, bleiben sie länger von ihren Familien und den öffentlichen Einrichtungen abhängig. Was den Wechsel aus dem allgemeinen und beruflichen Bildungssystem in den Arbeitsmarkt anbelangt, so hat sich die Situation in den vergangenen 20 Jahren objektiv verschlechtert. Das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin höher als die allgemeine Arbeitslosenrate. Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosenrate für die Gesamtbevölkerung in den 15 EU-Mitgliedstaaten bei 8,4 %, während die entsprechende Rate für Jugendliche unter 25 Jahren mit 16,1 % fast doppelt so hoch war. Die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse breiten sich aus. Die Gehälter von Jugendlichen sind verglichen mit denen erwachsener Arbeitskräfte gesunken. Jugendliche brauchen heute sehr viel länger, um eine stabile Position auf dem Arbeitsmarkt zu finden. [...]*

**Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 44 (2001)**

Jugendliche wünschen sich für ihren Eintritt in die Arbeitswelt ...

- a) ... mehr Orientierungshilfen.
- b) ... eine klare finanzielle Regelung.
- c) ... mehr Hilfe von Seiten der Politik.
- d) ... mehr Unterstützung durch die Eltern.

**Quesito 7 Domanda C** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die jungen Menschen beschäftigen sich intensiv mit den Chancen, die sich ihnen auf dem Arbeitsmarkt bieten. Sie sind der Ansicht, der beste Weg zur sozialen Integration bestehe darin, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Jugendlichen hätten gerne eine klare Orientierung, um auf lange Sicht ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden. Einen Arbeitsplatz zu haben ist gleichbedeutend mit dem Status eines Erwachsenen, mit Selbstwertgefühl, Geld, Unabhängigkeit und der Möglichkeit zur Ausweitung der sozialen Kontakte. Jugendliche, die vom Arbeitsmarkt abgeschnitten sind, büßen die Möglichkeit ein, neue Perspektiven zu entwickeln und sich in die Gesamtgesellschaft zu integrieren.*

*Die Jugendlichen sind bereit zu arbeiten, doch es wird immer schwieriger, einen guten Arbeitsplatz zu finden. Die jungen Menschen wissen, dass ihre Beschäftigungsfähigkeit und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen, wenn sie über eine gute Ausbildung und angemessene Fähigkeiten verfügen und einige Zeit in einer Schule oder an einer Universität im Ausland verbracht haben. Dies erhöht den auf ihnen lastenden Druck, und die Erwartungen, die in Bezug auf Mobilität, Flexibilität, Kompetenzen und Fähigkeiten an sie gerichtet werden, werden immer höher. Wenn die Jugendlichen längere Zeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung verbringen, bleiben sie länger von ihren Familien und den öffentlichen Einrichtungen abhängig. Was den Wechsel aus dem allgemeinen und beruflichen Bildungssystem in den Arbeitsmarkt anbelangt, so hat sich die Situation in den vergangenen 20 Jahren objektiv verschlechtert. Das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin höher als die allgemeine Arbeitslosenrate. Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosenrate für die Gesamtbevölkerung in den 15 EU-Mitgliedstaaten bei 8,4 %, während die entsprechende Rate für Jugendliche unter 25 Jahren mit 16,1 % fast doppelt so hoch war. Die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse breiten sich aus. Die Gehälter von Jugendlichen sind verglichen mit denen erwachsener Arbeitskräfte gesunken. Jugendliche brauchen heute sehr viel länger, um eine stabile Position auf dem Arbeitsmarkt zu finden. [...]*

**Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 44 (2001)**

Es ist heute bei weitem nicht mehr so leicht wie früher, ...

- a) ... sich in der Arbeitswelt zurechtzufinden.
- b) ... einen Ausgleich zwischen Arbeit und Freizeit zu finden.
- c) ... einen den eigenen Kompetenzen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden.
- d) ... die komplexen Regeln des Arbeitsmarktes zu verstehen.

**Quesito 7 Domanda D** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die jungen Menschen beschäftigen sich intensiv mit den Chancen, die sich ihnen auf dem Arbeitsmarkt bieten. Sie sind der Ansicht, der beste Weg zur sozialen Integration bestehe darin, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Jugendlichen hätten gerne eine klare Orientierung, um auf lange Sicht ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden. Einen Arbeitsplatz zu haben ist gleichbedeutend mit dem Status eines Erwachsenen, mit Selbstwertgefühl, Geld, Unabhängigkeit und der Möglichkeit zur Ausweitung der sozialen Kontakte. Jugendliche, die vom Arbeitsmarkt abgeschnitten sind, büßen die Möglichkeit ein, neue Perspektiven zu entwickeln und sich in die Gesamtgesellschaft zu integrieren.*

*Die Jugendlichen sind bereit zu arbeiten, doch es wird immer schwieriger, einen guten Arbeitsplatz zu finden. Die jungen Menschen wissen, dass ihre Beschäftigungsfähigkeit und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen, wenn sie über eine gute Ausbildung und angemessene Fähigkeiten verfügen und einige Zeit in einer Schule oder an einer Universität im Ausland verbracht haben. Dies erhöht den auf ihnen lastenden Druck, und die Erwartungen, die in Bezug auf Mobilität, Flexibilität, Kompetenzen und Fähigkeiten an sie gerichtet werden, werden immer höher. Wenn die Jugendlichen längere Zeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung verbringen, bleiben sie länger von ihren Familien und den öffentlichen Einrichtungen abhängig. Was den Wechsel aus dem allgemeinen und beruflichen Bildungssystem in den Arbeitsmarkt anbelangt, so hat sich die Situation in den vergangenen 20 Jahren objektiv verschlechtert. Das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin höher als die allgemeine Arbeitslosenrate. Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosenrate für die Gesamtbevölkerung in den 15 EU-Mitgliedstaaten bei 8,4 %, während die entsprechende Rate für Jugendliche unter 25 Jahren mit 16,1 % fast doppelt so hoch war. Die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse breiten sich aus. Die Gehälter von Jugendlichen sind verglichen mit denen erwachsener Arbeitskräfte gesunken. Jugendliche brauchen heute sehr viel länger, um eine stabile Position auf dem Arbeitsmarkt zu finden. [...]*

**Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 44 (2001)**

Die Jugendlichen sind sich sehr wohl bewusst, dass ...

- a) ... die Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, mit dem Alter steigen.
- b) ... die Aussichten auf einen guten Arbeitsplatz durch eine solide Ausbildung steigen.
- c) ... die Zahl der zur Verfügung stehenden guten Arbeitsplätze abnimmt.
- d) ... man ein Auslandspraktikum absolviert haben muss, um einen Arbeitsplatz zu finden.

**Quesito 7 Domanda E** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage

des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die jungen Menschen beschäftigen sich intensiv mit den Chancen, die sich ihnen auf dem Arbeitsmarkt bieten. Sie sind der Ansicht, der beste Weg zur sozialen Integration bestehe darin, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Jugendlichen hätten gerne eine klare Orientierung, um auf lange Sicht ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden. Einen Arbeitsplatz zu haben ist gleichbedeutend mit dem Status eines Erwachsenen, mit Selbstwertgefühl, Geld, Unabhängigkeit und der Möglichkeit zur Ausweitung der sozialen Kontakte. Jugendliche, die vom Arbeitsmarkt abgeschnitten sind, büßen die Möglichkeit ein, neue Perspektiven zu entwickeln und sich in die Gesamtgesellschaft zu integrieren.*

*Die Jugendlichen sind bereit zu arbeiten, doch es wird immer schwieriger, einen guten Arbeitsplatz zu finden. Die jungen Menschen wissen, dass ihre Beschäftigungsfähigkeit und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen, wenn sie über eine gute Ausbildung und angemessene Fähigkeiten verfügen und einige Zeit in einer Schule oder an einer Universität im Ausland verbracht haben. Dies erhöht den auf ihnen lastenden Druck, und die Erwartungen, die in Bezug auf Mobilität, Flexibilität, Kompetenzen und Fähigkeiten an sie gerichtet werden, werden immer höher. Wenn die Jugendlichen längere Zeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung verbringen, bleiben sie länger von ihren Familien und den öffentlichen Einrichtungen abhängig. Was den Wechsel aus dem allgemeinen und beruflichen Bildungssystem in den Arbeitsmarkt anbelangt, so hat sich die Situation in den vergangenen 20 Jahren objektiv verschlechtert. Das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin höher als die allgemeine Arbeitslosenrate. Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosenrate für die Gesamtbevölkerung in den 15 EU-Mitgliedstaaten bei 8,4 %, während die entsprechende Rate für Jugendliche unter 25 Jahren mit 16,1 % fast doppelt so hoch war. Die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse breiten sich aus. Die Gehälter von Jugendlichen sind verglichen mit denen erwachsener Arbeitskräfte gesunken. Jugendliche brauchen heute sehr viel länger, um eine stabile Position auf dem Arbeitsmarkt zu finden. [...]*

**Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 44 (2001)**

Die schwierigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt von heute führen dazu, dass Jugendliche ...

- a) ... weit mehr Zeit einplanen müssen, um einen festen Arbeitsplatz zu finden.
- b) ... keine feste Stelle mehr anstreben.
- c) ... nur mit finanzieller Unterstützung durch die Familie eine feste Stelle finden können.
- d) ... unpolitisch geworden sind.

**Quesito 8 Domanda A** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### **KAPITEL 1: DER LEHRPLAN FÜR DIE STAATSBÜRGERLICHE BILDUNG: KONZEPTE, UNTERRICHTSZEIT UND INHALTE**

*Der Platz, der der staatsbürgerlichen Bildung in den Schullehrplänen der europäischen Staaten eingeräumt wird, spiegelt die Bedeutung wieder, welche die Entscheidungsträger diesem Themenkomplex einräumen. Ausarbeitung und Entwicklung des Lehrplans für die staatsbürgerliche Bildung können auch durch die vorherrschende Bildungspolitik und die Entwicklung in Lehre und Lernen beeinflusst werden. Weitreichender Einfluss ging in den letzten Jahren von der Europäischen Empfehlung von 2006 (10) aus, die soziale Kompetenzen und Bürgerkompetenzen als Teil der Schlüsselkompetenzen darstellt, über die jeder Bürger für den Aufbau der europäischen Wissensgesellschaft verfügen muss. Nach dem gemeinsamen Bericht des Rates und der Kommission aus dem Jahr 2010 dürften Zielsetzungen, Wissen und Fähigkeiten, die mit den Schlüsselkompetenzen assoziiert werden, in den Lehrplänen der Mitgliedstaaten immer stärker und deutlicher in Erscheinung treten. Zudem dürften auch die Entwicklungen hin zu mehr Autonomie, durch die die Schulen mehr*

*Flexibilität bei der Entscheidung über die Bildungsinhalte erhalten, sowie die zunehmende Bedeutung interdisziplinärer Ansätze (Rey, 2010) die Art und Weise beeinflusst haben, wie die Lehrpläne für die staatsbürgerliche Bildung gestaltet wurden.*

*Die einzelnen Ziele und Inhalte der staatsbürgerlichen Bildung variieren innerhalb Europas, das übergeordnete Ziel des Themenbereichs ist jedoch, aus jungen Menschen aktive Staatsbürger zu formen, die einen Beitrag zu Entwicklung und Wohl der Gesellschaft leisten können, in der sie leben. Im Allgemeinen werden der staatsbürgerlichen Bildung vier Hauptaspekte zugerechnet: a) Vermittlung politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit („political literacy“), b) Entwicklung von kritischem Denken und analytischen Fähigkeiten, c) Entwicklung von Haltungen (Grundeinstellungen) und Werten und d) Förderung der aktiven Beteiligung. In allen Bildungssystemen wird die Bedeutung der staatsbürgerlichen Bildung und des Erwerbs von sozialen Kompetenzen und Bürgerkompetenzen besonders betont, allerdings variiert die Art und Weise, wie die Umsetzung dieses Themas auf schulischer Ebene erfolgt, von Land zu Land.*

**Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 17 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]**

Die europäischen Entscheidungsträger ...

- a) ... legen gegenüber den nationalen Projekten für staatsbürgerliche Erziehung eine gewisse Skepsis an den Tag.
- b) ... messen der staatsbürgerlichen Erziehung große Bedeutung bei.
- c) ... sind sich über die staatsbürgerliche Erziehung nicht wirklich einig.
- d) ... halten die staatsbürgerliche Erziehung für eine Nebensache.

**Quesito 8 Domanda B** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### **KAPITEL 1: DER LEHRPLAN FÜR DIE STAATSBÜRGERLICHE BILDUNG: KONZEPTE, UNTERRICHTSZEIT UND INHALTE**

*Der Platz, der der staatsbürgerlichen Bildung in den Schullehrplänen der europäischen Staaten eingeräumt wird, spiegelt die Bedeutung wieder, welche die Entscheidungsträger diesem Themenkomplex einräumen. Ausarbeitung und Entwicklung des Lehrplans für die staatsbürgerliche Bildung können auch durch die vorherrschende Bildungspolitik und die Entwicklung in Lehre und Lernen beeinflusst werden. Weitreichender Einfluss ging in den letzten Jahren von der Europäischen Empfehlung von 2006 (10) aus, die soziale Kompetenzen und Bürgerkompetenzen als Teil der Schlüsselkompetenzen darstellt, über die jeder Bürger für den Aufbau der europäischen Wissensgesellschaft verfügen muss. Nach dem gemeinsamen Bericht des Rates und der Kommission aus dem Jahr 2010 dürften Zielsetzungen, Wissen und Fähigkeiten, die mit den Schlüsselkompetenzen assoziiert werden, in den Lehrplänen der Mitgliedstaaten immer stärker und deutlicher in Erscheinung treten. Zudem dürften auch die Entwicklungen hin zu mehr Autonomie, durch die die Schulen mehr Flexibilität bei der Entscheidung über die Bildungsinhalte erhalten, sowie die zunehmende Bedeutung interdisziplinärer Ansätze (Rey, 2010) die Art und Weise beeinflusst haben, wie die Lehrpläne für die staatsbürgerliche Bildung gestaltet wurden.*

*Die einzelnen Ziele und Inhalte der staatsbürgerlichen Bildung variieren innerhalb Europas, das übergeordnete Ziel des Themenbereichs ist jedoch, aus jungen Menschen aktive Staatsbürger zu formen, die einen Beitrag zu Entwicklung und Wohl der Gesellschaft leisten können, in der sie leben. Im Allgemeinen werden der staatsbürgerlichen Bildung vier Hauptaspekte zugerechnet: a) Vermittlung politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit („political literacy“), b) Entwicklung von kritischem Denken und analytischen Fähigkeiten, c) Entwicklung von Haltungen (Grundeinstellungen) und Werten und d) Förderung der aktiven Beteiligung. In allen Bildungssystemen wird die Bedeutung der staatsbürgerlichen Bildung und des Erwerbs von sozialen*

*Kompetenzen und Bürgerkompetenzen besonders betont, allerdings variiert die Art und Weise, wie die Umsetzung dieses Themas auf schulischer Ebene erfolgt, von Land zu Land.*

**Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 17 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]**

Die Wirkung der Europäischen Empfehlung von 2006 lässt sich daran erkennen, dass ...

- a) ... dass die Medien sich des Themas staatsbürgerliche Erziehung angenommen haben.
- b) ... die Lehrpläne der Bildungssysteme aneinander angepasst wurden.
- c) ... man in den europäischen Ländern vermehrt über die Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Erziehung spricht.
- d) ... vermehrt soziale und Bürgerkompetenzen in die Lehrpläne der Bildungssysteme aufgenommen wurden.

**Quesito 8 Domanda C** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### **KAPITEL 1: DER LEHRPLAN FÜR DIE STAATSBÜRGERLICHE BILDUNG: KONZEPTE, UNTERRICHTSZEIT UND INHALTE**

*Der Platz, der der staatsbürgerlichen Bildung in den Schullehrplänen der europäischen Staaten eingeräumt wird, spiegelt die Bedeutung wieder, welche die Entscheidungsträger diesem Themenkomplex einräumen. Ausarbeitung und Entwicklung des Lehrplans für die staatsbürgerliche Bildung können auch durch die vorherrschende Bildungspolitik und die Entwicklung in Lehre und Lernen beeinflusst werden. Weitreichender Einfluss ging in den letzten Jahren von der Europäischen Empfehlung von 2006 (10) aus, die soziale Kompetenzen und Bürgerkompetenzen als Teil der Schlüsselkompetenzen darstellt, über die jeder Bürger für den Aufbau der europäischen Wissensgesellschaft verfügen muss. Nach dem gemeinsamen Bericht des Rates und der Kommission aus dem Jahr 2010 dürften Zielsetzungen, Wissen und Fähigkeiten, die mit den Schlüsselkompetenzen assoziiert werden, in den Lehrplänen der Mitgliedstaaten immer stärker und deutlicher in Erscheinung treten. Zudem dürften auch die Entwicklungen hin zu mehr Autonomie, durch die die Schulen mehr Flexibilität bei der Entscheidung über die Bildungsinhalte erhalten, sowie die zunehmende Bedeutung interdisziplinärer Ansätze (Rey, 2010) die Art und Weise beeinflusst haben, wie die Lehrpläne für die staatsbürgerliche Bildung gestaltet wurden.*

*Die einzelnen Ziele und Inhalte der staatsbürgerlichen Bildung variieren innerhalb Europas, das übergeordnete Ziel des Themenbereichs ist jedoch, aus jungen Menschen aktive Staatsbürger zu formen, die einen Beitrag zu Entwicklung und Wohl der Gesellschaft leisten können, in der sie leben. Im Allgemeinen werden der staatsbürgerlichen Bildung vier Hauptaspekte zugerechnet: a) Vermittlung politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit („political literacy“), b) Entwicklung von kritischem Denken und analytischen Fähigkeiten, c) Entwicklung von Haltungen (Grundeinstellungen) und Werten und d) Förderung der aktiven Beteiligung. In allen Bildungssystemen wird die Bedeutung der staatsbürgerlichen Bildung und des Erwerbs von sozialen Kompetenzen und Bürgerkompetenzen besonders betont, allerdings variiert die Art und Weise, wie die Umsetzung dieses Themas auf schulischer Ebene erfolgt, von Land zu Land.*

**Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 17 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]**

Worin zeigt sich ein weiterer Einfluss der europäischen Bemühungen, staatsbürgerliche Bildung in den Schulen zu verankern?

- a) Staatsbürgerkunde wird nur noch in interdisziplinären Projekten vermittelt.
- b) Den Schulen wurde es freigestellt, ob sie Staatsbürgerkunde einführen wollen, oder nicht.
- c) Die Schulen habe größeren Spielraum für ihre Entscheidungen über Lehrinhalte und fächerübergreifenden Unterricht erhalten.
- d) An den Schulen wurden Staatsbürgerkundewochen eingeführt.

**Quesito 8 Domanda D** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### KAPITEL 1: DER LEHRPLAN FÜR DIE STAATSBÜRGERLICHE BILDUNG: KONZEPTE, UNTERRICHTSZEIT UND INHALTE

*Der Platz, der der staatsbürgerlichen Bildung in den Schullehrplänen der europäischen Staaten eingeräumt wird, spiegelt die Bedeutung wieder, welche die Entscheidungsträger diesem Themenkomplex einräumen. Ausarbeitung und Entwicklung des Lehrplans für die staatsbürgerliche Bildung können auch durch die vorherrschende Bildungspolitik und die Entwicklung in Lehre und Lernen beeinflusst werden. Weitreichender Einfluss ging in den letzten Jahren von der Europäischen Empfehlung von 2006 (10) aus, die soziale Kompetenzen und Bürgerkompetenzen als Teil der Schlüsselkompetenzen darstellt, über die jeder Bürger für den Aufbau der europäischen Wissensgesellschaft verfügen muss. Nach dem gemeinsamen Bericht des Rates und der Kommission aus dem Jahr 2010 dürften Zielsetzungen, Wissen und Fähigkeiten, die mit den Schlüsselkompetenzen assoziiert werden, in den Lehrplänen der Mitgliedstaaten immer stärker und deutlicher in Erscheinung treten. Zudem dürften auch die Entwicklungen hin zu mehr Autonomie, durch die die Schulen mehr Flexibilität bei der Entscheidung über die Bildungsinhalte erhalten, sowie die zunehmende Bedeutung interdisziplinärer Ansätze (Rey, 2010) die Art und Weise beeinflusst haben, wie die Lehrpläne für die staatsbürgerliche Bildung gestaltet wurden.*

*Die einzelnen Ziele und Inhalte der staatsbürgerlichen Bildung variieren innerhalb Europas, das übergeordnete Ziel des Themenbereichs ist jedoch, aus jungen Menschen aktive Staatsbürger zu formen, die einen Beitrag zu Entwicklung und Wohl der Gesellschaft leisten können, in der sie leben. Im Allgemeinen werden der staatsbürgerlichen Bildung vier Hauptaspekte zugerechnet: a) Vermittlung politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit („political literacy“), b) Entwicklung von kritischem Denken und analytischen Fähigkeiten, c) Entwicklung von Haltungen (Grundeinstellungen) und Werten und d) Förderung der aktiven Beteiligung. In allen Bildungssystemen wird die Bedeutung der staatsbürgerlichen Bildung und des Erwerbs von sozialen Kompetenzen und Bürgerkompetenzen besonders betont, allerdings variiert die Art und Weise, wie die Umsetzung dieses Themas auf schulischer Ebene erfolgt, von Land zu Land.*

**Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 17 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]**

Soziale und staatsbürgerliche Kompetenzen ...

- a) ... gelten als ein mögliches Lernziel für die europäischen Schulen.
- b) ... werden gemäß einem gemeinsamen europäischen Lehrplan unterrichtet.
- c) ... gelten in allen Ländern als wichtiges Lernziel, werden aber in den verschiedenen Bildungssystemen unterschiedlich vermittelt.
- d) ... werden in allen Ländern Europas an den Schulen als eigenständiges Pflichtfach angeboten.

**Quesito 8 Domanda E** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage



des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

## KAPITEL 1: DER LEHRPLAN FÜR DIE STAATSBÜRGERLICHE BILDUNG: KONZEPTE, UNTERRICHTSZEIT UND INHALTE

*Der Platz, der der staatsbürgerlichen Bildung in den Schullehrplänen der europäischen Staaten eingeräumt wird, spiegelt die Bedeutung wieder, welche die Entscheidungsträger diesem Themenkomplex einräumen. Ausarbeitung und Entwicklung des Lehrplans für die staatsbürgerliche Bildung können auch durch die vorherrschende Bildungspolitik und die Entwicklung in Lehre und Lernen beeinflusst werden. Weitreichender Einfluss ging in den letzten Jahren von der Europäischen Empfehlung von 2006 (10) aus, die soziale Kompetenzen und Bürgerkompetenzen als Teil der Schlüsselkompetenzen darstellt, über die jeder Bürger für den Aufbau der europäischen Wissensgesellschaft verfügen muss. Nach dem gemeinsamen Bericht des Rates und der Kommission aus dem Jahr 2010 dürften Zielsetzungen, Wissen und Fähigkeiten, die mit den Schlüsselkompetenzen assoziiert werden, in den Lehrplänen der Mitgliedstaaten immer stärker und deutlicher in Erscheinung treten. Zudem dürften auch die Entwicklungen hin zu mehr Autonomie, durch die die Schulen mehr Flexibilität bei der Entscheidung über die Bildungsinhalte erhalten, sowie die zunehmende Bedeutung interdisziplinärer Ansätze (Rey, 2010) die Art und Weise beeinflusst haben, wie die Lehrpläne für die staatsbürgerliche Bildung gestaltet wurden.*

*Die einzelnen Ziele und Inhalte der staatsbürgerlichen Bildung variieren innerhalb Europas, das übergeordnete Ziel des Themenbereichs ist jedoch, aus jungen Menschen aktive Staatsbürger zu formen, die einen Beitrag zu Entwicklung und Wohl der Gesellschaft leisten können, in der sie leben. Im Allgemeinen werden der staatsbürgerlichen Bildung vier Hauptaspekte zugerechnet: a) Vermittlung politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit („political literacy“), b) Entwicklung von kritischem Denken und analytischen Fähigkeiten, c) Entwicklung von Haltungen (Grundeinstellungen) und Werten und d) Förderung der aktiven Beteiligung. In allen Bildungssystemen wird die Bedeutung der staatsbürgerlichen Bildung und des Erwerbs von sozialen Kompetenzen und Bürgerkompetenzen besonders betont, allerdings variiert die Art und Weise, wie die Umsetzung dieses Themas auf schulischer Ebene erfolgt, von Land zu Land.*

**Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 17 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]**

Welches übergeordnete Ziel verbindet die vier Hauptaspekte staatsbürgerlicher Erziehung?

- a) Die Schulen sollen den Jugendlichen kritisches Denken beibringen, damit diese besser verstehen, warum sie sich vom politischen Betrieb fernhalten wollen.
- b) Die Schülerinnen und Schüler Europas sollen lernen, die Geschehnisse in ihren Ländern aus einer demokratischen Haltung heraus zu beobachten, ohne sich jedoch einzumischen.
- c) Die vier Hauptaspekte staatsbürgerlicher Erziehung bezwecken die Förderung der Bereitschaft zum aktiven politischen Handeln, selbst wenn die Zusammenhänge nicht immer verstanden werden.
- d) Aus dem Verständnis der politischen Zusammenhänge soll die Fähigkeit zu deren kritischer Bewertung sowie eine demokratisch verankerte Bereitschaft zum staatsbürgerlichen Engagement erwachsen.

### Domande a risposta multipla - EN

**Quesito 7 Domanda A** - -Choose the answer which fits best according to the text.

An introduction to active citizenship

There are a variety of views and perspectives and much potential for disagreement about what it means to be an

'active citizen' and what active citizenship might mean for people and policy makers.

The arenas for active citizens to participate in are generally seen as:

Civil participation: about people getting involved with each other to pursue their own goals and interests. It includes participation in residents associations, sports clubs, faith groups etc.

Civic engagement: tends to refer to the more formal routes of public participation in the process of governance. This could be through user panels, citizens' juries, citizen governors, non-executive board members, advisory groups, etc.

A useful way to consider 'citizenship' is through a typology developed by Westheimer and Kahne which identifies three separate models of citizenship and citizenship education:

1. the 'personally responsible citizen', for whom citizenship education increases their awareness of individual rights and responsibilities; the citizen as a 'voter' and 'volunteer'
2. the 'participatory citizen', for whom citizenship education also enhances their knowledge of participatory structures and rights; the citizen as an individual within a group(s), actively participating in existing structures, taking up opportunities for participation, including participation in the planning and delivery of services
3. the 'justice-orientated citizen' for whom citizenship education also adds a high level of awareness of collective rights, more widely, and a high level of collective political and social responsibility, including responsibilities to engage with issues of social justice and equality; participates within group(s), actively challenging unequal relations of power, promoting social solidarity and social justice, both locally and beyond, taking account of the global context

'Citizenship' can be seen as a continuum rather than an all or nothing affair, often reflecting the demands of caring and other obligations – which could also be interpreted as the exercise of 'citizenship' obligations.

Source: <http://changesuk.net/themes/active-citizenship/>

The term 'active citizen'

- a) is defined by perspective
- b) can be defined in many different ways
- c) has considerable potential
- d) leads to a variety of legal controversies

**Quesito 7 Domanda B** - -Choose the answer which fits best according to the text.

An introduction to active citizenship

There are a variety of views and perspectives and much potential for disagreement about what it means to be an 'active citizen' and what active citizenship might mean for people and policy makers.

The arenas for active citizens to participate in are generally seen as:

Civil participation: about people getting involved with each other to pursue their own goals and interests. It includes participation in residents associations, sports clubs, faith groups etc.

Civic engagement: tends to refer to the more formal routes of public participation in the process of governance. This could be through user panels, citizens' juries, citizen governors, non-executive board members, advisory groups, etc.

A useful way to consider 'citizenship' is through a typology developed by Westheimer and Kahne which identifies three separate models of citizenship and citizenship education:

1. the 'personally responsible citizen', for whom citizenship education increases their awareness of individual rights and responsibilities; the citizen as a 'voter' and 'volunteer'
2. the 'participatory citizen', for whom citizenship education also enhances their knowledge of participatory structures and rights; the citizen as an individual within a group(s), actively participating in existing structures, taking up opportunities for participation, including participation in the planning and delivery of services
3. the 'justice-orientated citizen' for whom citizenship education also adds a high level of awareness of collective rights, more widely, and a high level of collective political and social responsibility, including responsibilities to engage with issues of social justice and equality; participates within group(s), actively challenging unequal

relations of power, promoting social solidarity and social justice, both locally and beyond, taking account of the global context

'Citizenship' can be seen as a continuum rather than an all or nothing affair, often reflecting the demands of caring and other obligations – which could also be interpreted as the exercise of 'citizenship' obligations.

Source: <http://changesuk.net/themes/active-citizenship/>

How does the text distinguish between civil participation and civic engagement?

- a) Civil participation generally involves a less formal type of engagement
- b) Civil participation only concerns leisure activities
- c) Civic engagement is an arena for active citizens, but civil participation is not
- d) Civic engagement does not involve individuals

**Quesito 7 Domanda C** - -Choose the answer which fits best according to the text.

An introduction to active citizenship

There are a variety of views and perspectives and much potential for disagreement about what it means to be an 'active citizen' and what active citizenship might mean for people and policy makers.

The arenas for active citizens to participate in are generally seen as:

Civil participation: about people getting involved with each other to pursue their own goals and interests. It includes participation in residents associations, sports clubs, faith groups etc.

Civic engagement: tends to refer to the more formal routes of public participation in the process of governance. This could be through user panels, citizens' juries, citizen governors, non-executive board members, advisory groups, etc.

A useful way to consider 'citizenship' is through a typology developed by Westheimer and Kahne which identifies three separate models of citizenship and citizenship education:

1. the 'personally responsible citizen', for whom citizenship education increases their awareness of individual rights and responsibilities; the citizen as a 'voter' and 'volunteer'
2. the 'participatory citizen', for whom citizenship education also enhances their knowledge of participatory structures and rights; the citizen as an individual within a group(s), actively participating in existing structures, taking up opportunities for participation, including participation in the planning and delivery of services
3. the 'justice-orientated citizen' for whom citizenship education also adds a high level of awareness of collective rights, more widely, and a high level of collective political and social responsibility, including responsibilities to engage with issues of social justice and equality; participates within group(s), actively challenging unequal relations of power, promoting social solidarity and social justice, both locally and beyond, taking account of the global context

'Citizenship' can be seen as a continuum rather than an all or nothing affair, often reflecting the demands of caring and other obligations – which could also be interpreted as the exercise of 'citizenship' obligations.

Source: <http://changesuk.net/themes/active-citizenship/>

Which model of citizenship means that the individual has a strong sense of what she/he can and must do?

- a) A participatory citizen
- b) A personally responsible citizen
- c) All of the citizen types described
- d) A justice-orientated citizen

**Quesito 7 Domanda D** - -Choose the answer which fits best according to the text.

An introduction to active citizenship

There are a variety of views and perspectives and much potential for disagreement about what it means to be an 'active citizen' and what active citizenship might mean for people and policy makers.

The arenas for active citizens to participate in are generally seen as:

Civil participation: about people getting involved with each other to pursue their own goals and interests. It includes participation in residents associations, sports clubs, faith groups etc.

Civic engagement: tends to refer to the more formal routes of public participation in the process of governance. This could be through user panels, citizens' juries, citizen governors, non-executive board members, advisory groups, etc.

A useful way to consider 'citizenship' is through a typology developed by Westheimer and Kahne which identifies three separate models of citizenship and citizenship education:

1. the 'personally responsible citizen', for whom citizenship education increases their awareness of individual rights and responsibilities; the citizen as a 'voter' and 'volunteer'
2. the 'participatory citizen', for whom citizenship education also enhances their knowledge of participatory structures and rights; the citizen as an individual within a group(s), actively participating in existing structures, taking up opportunities for participation, including participation in the planning and delivery of services
3. the 'justice-orientated citizen' for whom citizenship education also adds a high level of awareness of collective rights, more widely, and a high level of collective political and social responsibility, including responsibilities to engage with issues of social justice and equality; participates within group(s), actively challenging unequal relations of power, promoting social solidarity and social justice, both locally and beyond, taking account of the global context

'Citizenship' can be seen as a continuum rather than an all or nothing affair, often reflecting the demands of caring and other obligations – which could also be interpreted as the exercise of 'citizenship' obligations.

Source: <http://changesuk.net/themes/active-citizenship/>

Which model of citizenship describes an individual who also looks at conditions outside his/her own community?

- a) A justice-orientated citizen
- b) All of the citizen types described
- c) A participatory citizen
- d) A personally responsible citizen

**Quesito 7 Domanda E** - -Choose the answer which fits best according to the text.

An introduction to active citizenship

There are a variety of views and perspectives and much potential for disagreement about what it means to be an 'active citizen' and what active citizenship might mean for people and policy makers.

The arenas for active citizens to participate in are generally seen as:

Civil participation: about people getting involved with each other to pursue their own goals and interests. It includes participation in residents associations, sports clubs, faith groups etc.

Civic engagement: tends to refer to the more formal routes of public participation in the process of governance. This could be through user panels, citizens' juries, citizen governors, non-executive board members, advisory groups, etc.

A useful way to consider 'citizenship' is through a typology developed by Westheimer and Kahne which identifies three separate models of citizenship and citizenship education:

1. the 'personally responsible citizen', for whom citizenship education increases their awareness of individual rights and responsibilities; the citizen as a 'voter' and 'volunteer'
2. the 'participatory citizen', for whom citizenship education also enhances their knowledge of participatory

structures and rights; the citizen as an individual within a group(s), actively participating in existing structures, taking up opportunities for participation, including participation in the planning and delivery of services

3. the 'justice-orientated citizen' for whom citizenship education also adds a high level of awareness of collective rights, more widely, and a high level of collective political and social responsibility, including responsibilities to engage with issues of social justice and equality; participates within group(s), actively challenging unequal relations of power, promoting social solidarity and social justice, both locally and beyond, taking account of the global context

'Citizenship' can be seen as a continuum rather than an all or nothing affair, often reflecting the demands of caring and other obligations – which could also be interpreted as the exercise of 'citizenship' obligations.

Source: <http://changesuk.net/themes/active-citizenship/>

What are 'citizenship obligations'?

- a) Demands associated with looking after people and things and other engagements
- b) A continuum offering all or nothing
- c) Something to which an individual is fully committed
- d) The need to choose a specific model of citizenship to be better engaged

**Quesito 8 Domanda A** - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is citizenship?

Citizenship represents the collection of rights and obligations that define the members of a community. These rights and obligations encompass legal empowerment and justice, political participation and decision making, social engagement, economic rights and access to resources. Citizenship has two complementary aspects: citizenship rights and citizenship practice.

Citizenship includes notions of rights and responsibilities, individual and community. Western cultures emphasize individual rights, whereas Asian societies place greater emphasis on the responsibilities of the individual towards family, community and society. In order to thrive, societies require a combination of the two.

Citizenship rights include civil, political, social and economic rights. Civil and political rights are people's entitlements to liberty and equality. They include the rights to freedom of expression and religion, taking part in political life, and having access to information, skills and opportunities for development and enhanced participation. The civil right to equality is expressed in the right to equal protection and redress if injured by another person and to a fair investigation and trial if suspected of a crime. In some countries, citizenship can also mean 'nationality' or the membership of a nation state. However, citizenship and nationality are not synonymous. Human-rights law does not categorically obligate governments to extend nationality to all residents.

Citizenship as practice enables people to exercise their rights as citizens. Citizenship practice ranges from civic responsibility to democratic action, and is the active expression of formal citizenship rights. Citizenship rights are the instruments for active citizenship.

In practice, access to and enjoyment of civil and political rights vary greatly between groups in society. Many women in South Asia, for example, are restricted in their freedom of movement and do not have control over personal decisions, such as marriage. Poor people in most societies have limited access to justice mechanisms compared to wealthier citizens.

Source: [http://www.unicef.org/eapro/Children\\_as\\_Active\\_Citizens\\_A4\\_book.pdf](http://www.unicef.org/eapro/Children_as_Active_Citizens_A4_book.pdf)

Which one of the following is NOT part of the rights and obligations of citizenship?

- a) The political involvement of individuals
- b) The obligation to be a member of a community
- c) Individuals' access to resources

- d) Legal empowerment and justice

**Quesito 8 Domanda B** - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is citizenship?

Citizenship represents the collection of rights and obligations that define the members of a community. These rights and obligations encompass legal empowerment and justice, political participation and decision making, social engagement, economic rights and access to resources. Citizenship has two complementary aspects: citizenship rights and citizenship practice.

Citizenship includes notions of rights and responsibilities, individual and community. Western cultures emphasize individual rights, whereas Asian societies place greater emphasis on the responsibilities of the individual towards family, community and society. In order to thrive, societies require a combination of the two.

Citizenship rights include civil, political, social and economic rights. Civil and political rights are people's entitlements to liberty and equality. They include the rights to freedom of expression and religion, taking part in political life, and having access to information, skills and opportunities for development and enhanced participation. The civil right to equality is expressed in the right to equal protection and redress if injured by another person and to a fair investigation and trial if suspected of a crime. In some countries, citizenship can also mean 'nationality' or the membership of a nation state. However, citizenship and nationality are not synonymous. Human-rights law does not categorically obligate governments to extend nationality to all residents.

Citizenship as practice enables people to exercise their rights as citizens. Citizenship practice ranges from civic responsibility to democratic action, and is the active expression of formal citizenship rights. Citizenship rights are the instruments for active citizenship.

In practice, access to and enjoyment of civil and political rights vary greatly between groups in society. Many women in South Asia, for example, are restricted in their freedom of movement and do not have control over personal decisions, such as marriage. Poor people in most societies have limited access to justice mechanisms compared to wealthier citizens.

Source: [http://www.unicef.org/eapro/Children\\_as\\_Active\\_Citizens\\_A4\\_book.pdf](http://www.unicef.org/eapro/Children_as_Active_Citizens_A4_book.pdf)

In what way does the Western view of citizenship differ from that of Asian societies?

- a) Asian societies emphasize individual rights more than Western cultures do
- b) Western cultures thrive more than Asian societies
- c) Western cultures place more importance on individual rights
- d) Asian societies do not consider family, community and society responsibilities as much as Western cultures do

**Quesito 8 Domanda C** - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is citizenship?

Citizenship represents the collection of rights and obligations that define the members of a community. These rights and obligations encompass legal empowerment and justice, political participation and decision making, social engagement, economic rights and access to resources. Citizenship has two complementary aspects: citizenship rights and citizenship practice.

Citizenship includes notions of rights and responsibilities, individual and community. Western cultures emphasize individual rights, whereas Asian societies place greater emphasis on the responsibilities of the individual towards family, community and society. In order to thrive, societies require a combination of the two.

Citizenship rights include civil, political, social and economic rights. Civil and political rights are people's entitlements to liberty and equality. They include the rights to freedom of expression and religion, taking part in political life, and having access to information, skills and opportunities for development and enhanced

participation. The civil right to equality is expressed in the right to equal protection and redress if injured by another person and to a fair investigation and trial if suspected of a crime. In some countries, citizenship can also mean 'nationality' or the membership of a nation state. However, citizenship and nationality are not synonymous. Human-rights law does not categorically obligate governments to extend nationality to all residents. Citizenship as practice enables people to exercise their rights as citizens. Citizenship practice ranges from civic responsibility to democratic action, and is the active expression of formal citizenship rights. Citizenship rights are the instruments for active citizenship.

In practice, access to and enjoyment of civil and political rights vary greatly between groups in society. Many women in South Asia, for example, are restricted in their freedom of movement and do not have control over personal decisions, such as marriage. Poor people in most societies have limited access to justice mechanisms compared to wealthier citizens.

Source: [http://www.unicef.org/eapro/Children\\_as\\_Active\\_Citizens\\_A4\\_book.pdf](http://www.unicef.org/eapro/Children_as_Active_Citizens_A4_book.pdf)

Which one of the following is NOT a civil or political right?

- a) The right to nationality
- b) The right to be politically active
- c) The right to a fair trial
- d) The freedom of expression

**Quesito 8 Domanda D** - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is citizenship?

Citizenship represents the collection of rights and obligations that define the members of a community. These rights and obligations encompass legal empowerment and justice, political participation and decision making, social engagement, economic rights and access to resources. Citizenship has two complementary aspects: citizenship rights and citizenship practice.

Citizenship includes notions of rights and responsibilities, individual and community. Western cultures emphasize individual rights, whereas Asian societies place greater emphasis on the responsibilities of the individual towards family, community and society. In order to thrive, societies require a combination of the two.

Citizenship rights include civil, political, social and economic rights. Civil and political rights are people's entitlements to liberty and equality. They include the rights to freedom of expression and religion, taking part in political life, and having access to information, skills and opportunities for development and enhanced participation. The civil right to equality is expressed in the right to equal protection and redress if injured by another person and to a fair investigation and trial if suspected of a crime. In some countries, citizenship can also mean 'nationality' or the membership of a nation state. However, citizenship and nationality are not synonymous. Human-rights law does not categorically obligate governments to extend nationality to all residents.

Citizenship as practice enables people to exercise their rights as citizens. Citizenship practice ranges from civic responsibility to democratic action, and is the active expression of formal citizenship rights. Citizenship rights are the instruments for active citizenship.

In practice, access to and enjoyment of civil and political rights vary greatly between groups in society. Many women in South Asia, for example, are restricted in their freedom of movement and do not have control over personal decisions, such as marriage. Poor people in most societies have limited access to justice mechanisms compared to wealthier citizens.

Source: [http://www.unicef.org/eapro/Children\\_as\\_Active\\_Citizens\\_A4\\_book.pdf](http://www.unicef.org/eapro/Children_as_Active_Citizens_A4_book.pdf)

What does citizenship as practice usually imply?

- a) The fact that a citizen does not gain full rights
- b) The idea that civic responsibility is more important than democratic action

- c) The possibility for citizens to exercise their rights
- d) The attempt to gain nationality

**Quesito 8 Domanda E** - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is citizenship?

Citizenship represents the collection of rights and obligations that define the members of a community. These rights and obligations encompass legal empowerment and justice, political participation and decision making, social engagement, economic rights and access to resources. Citizenship has two complementary aspects: citizenship rights and citizenship practice.

Citizenship includes notions of rights and responsibilities, individual and community. Western cultures emphasize individual rights, whereas Asian societies place greater emphasis on the responsibilities of the individual towards family, community and society. In order to thrive, societies require a combination of the two.

Citizenship rights include civil, political, social and economic rights. Civil and political rights are people's entitlements to liberty and equality. They include the rights to freedom of expression and religion, taking part in political life, and having access to information, skills and opportunities for development and enhanced participation. The civil right to equality is expressed in the right to equal protection and redress if injured by another person and to a fair investigation and trial if suspected of a crime. In some countries, citizenship can also mean 'nationality' or the membership of a nation state. However, citizenship and nationality are not synonymous. Human-rights law does not categorically obligate governments to extend nationality to all residents.

Citizenship as practice enables people to exercise their rights as citizens. Citizenship practice ranges from civic responsibility to democratic action, and is the active expression of formal citizenship rights. Citizenship rights are the instruments for active citizenship.

In practice, access to and enjoyment of civil and political rights vary greatly between groups in society. Many women in South Asia, for example, are restricted in their freedom of movement and do not have control over personal decisions, such as marriage. Poor people in most societies have limited access to justice mechanisms compared to wealthier citizens.

Source: [http://www.unicef.org/eapro/Children\\_as\\_Active\\_Citizens\\_A4\\_book.pdf](http://www.unicef.org/eapro/Children_as_Active_Citizens_A4_book.pdf)

Which one of the following is TRUE?

- a) Different groups in society have equal access to civil and political rights
- b) Women in South Asia have full civil rights
- c) Many women in South Asia cannot choose who they wish to marry
- d) The civil rights of poor people are similar to those of wealthier citizens

## Domande a risposta multipla - ES

**Quesito 7 Domanda A** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

¿Por qué educación para la ciudadanía?

Entre los fines de la educación siempre ha estado presente la socialización, e incluso para algunos pensadores de la historia, la educación se configuraba como el más eficaz instrumento socializador. Delval (2006) señala entre estos pensadores al sociólogo francés Durkheim, quien definía la educación como la socialización sistemática de la generación joven, porque era a través de ella como se transmitían las formas de vida, los conocimientos, los valores y otros rasgos fundamentales de la cultura de una sociedad. Por lo tanto, la educación



no se limita a la enseñanza de contenidos, sino que, más allá de la instrucción, es una enseñanza para la vida y una herramienta para garantizar el desarrollo y el progreso de la sociedad. La educación ha dejado de ser propia de determinadas etapas evolutivas para convertirse en una necesidad constante a lo largo de la vida. Actualmente, estamos asistiendo a un realce de la educación como factor clave para el desarrollo de destrezas, habilidades y actitudes que garanticen la convivencia y salvaguarden los derechos y deberes de los seres humanos. La denominada sociedad del conocimiento reclama sujetos capaces de enfrentarse a los cambios constantes, de tomar decisiones, de seleccionar información y de tomar conciencia de la necesidad de garantizar la convivencia y luchar por la igualdad de derechos. Sin lugar a dudas las teorías planteadas por diversos autores [que] manifiestan el sentir general de una sociedad que, sometida a continuos cambios, delega cada vez más sobre las instituciones educativas y las reconoce como espacios idóneos donde practicar y vivir la democracia y los valores que garantizan la convivencia respetando las diferencias. De este modo cobra sentido la denominada «educación para la Ciudadanía» como un factor que contribuye a los objetivos socializadores propios de las escuelas. Por lo tanto, entendemos que educar para la ciudadanía es una necesidad actual. M. Puig Gutiérrez, S. Domene Martis y J. A. Morales Lozano "Educación para la ciudadanía: referentes europeos". Teor. educ. 22, 2-2010. Salamanca: Ediciones Universidad de Salamanca, 85-11.

Según los autores del artículo,

- a) la socialización se aprende en casa, con la familia
- b) la educación es el mejor método para aprender a socializar
- c) la socialización es algo que no se aprende
- d) socializar no es importante para el individuo

**Quesito 7 Domanda B** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

¿Por qué educación para la ciudadanía?

Entre los fines de la educación siempre ha estado presente la socialización, e incluso para algunos pensadores de la historia, la educación se configuraba como el más eficaz instrumento socializador. Delval (2006) señala entre estos pensadores al sociólogo francés Durkheim, quien definía la educación como la socialización sistemática de la generación joven, porque era a través de ella como se transmitían las formas de vida, los conocimientos, los valores y otros rasgos fundamentales de la cultura de una sociedad. Por lo tanto, la educación no se limita a la enseñanza de contenidos, sino que, más allá de la instrucción, es una enseñanza para la vida y una herramienta para garantizar el desarrollo y el progreso de la sociedad. La educación ha dejado de ser propia de determinadas etapas evolutivas para convertirse en una necesidad constante a lo largo de la vida. Actualmente, estamos asistiendo a un realce de la educación como factor clave para el desarrollo de destrezas, habilidades y actitudes que garanticen la convivencia y salvaguarden los derechos y deberes de los seres humanos. La denominada sociedad del conocimiento reclama sujetos capaces de enfrentarse a los cambios constantes, de tomar decisiones, de seleccionar información y de tomar conciencia de la necesidad de garantizar la convivencia y luchar por la igualdad de derechos. Sin lugar a dudas las teorías planteadas por diversos autores [que] manifiestan el sentir general de una sociedad que, sometida a continuos cambios, delega cada vez más sobre las instituciones educativas y las reconoce como espacios idóneos donde practicar y vivir la democracia y los valores que garantizan la convivencia respetando las diferencias. De este modo cobra sentido la denominada «educación para la Ciudadanía» como un factor que contribuye a los objetivos socializadores propios de las escuelas. Por lo tanto, entendemos que educar para la ciudadanía es una necesidad actual. M. Puig Gutiérrez, S. Domene Martis y J. A. Morales Lozano "Educación para la ciudadanía: referentes europeos". Teor. educ. 22, 2-2010. Salamanca: Ediciones Universidad de Salamanca, 85-11.

Según Durkheim,

- a) mediante la socialización se transfieren los conocimientos y valores a los jóvenes
- b) la socialización no es una enseñanza para la vida

- c) la socialización no garantiza el progreso de los jóvenes
- d) socializar frena a la sociedad

**Quesito 7 Domanda C** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

¿Por qué educación para la ciudadanía?

Entre los fines de la educación siempre ha estado presente la socialización, e incluso para algunos pensadores de la historia, la educación se configuraba como el más eficaz instrumento socializador. Delval (2006) señala entre estos pensadores al sociólogo francés Durkheim, quien definía la educación como la socialización sistemática de la generación joven, porque era a través de ella como se transmitían las formas de vida, los conocimientos, los valores y otros rasgos fundamentales de la cultura de una sociedad. Por lo tanto, la educación no se limita a la enseñanza de contenidos, sino que, más allá de la instrucción, es una enseñanza para la vida y una herramienta para garantizar el desarrollo y el progreso de la sociedad. La educación ha dejado de ser propia de determinadas etapas evolutivas para convertirse en una necesidad constante a lo largo de la vida. Actualmente, estamos asistiendo a un realce de la educación como factor clave para el desarrollo de destrezas, habilidades y actitudes que garanticen la convivencia y salvaguarden los derechos y deberes de los seres humanos. La denominada sociedad del conocimiento reclama sujetos capaces de enfrentarse a los cambios constantes, de tomar decisiones, de seleccionar información y de tomar conciencia de la necesidad de garantizar la convivencia y luchar por la igualdad de derechos. Sin lugar a dudas las teorías planteadas por diversos autores [que] manifiestan el sentir general de una sociedad que, sometida a continuos cambios, delega cada vez más sobre las instituciones educativas y las reconoce como espacios idóneos donde practicar y vivir la democracia y los valores que garantizan la convivencia respetando las diferencias. De este modo cobra sentido la denominada «educación para la Ciudadanía» como un factor que contribuye a los objetivos socializadores propios de las escuelas. Por lo tanto, entendemos que educar para la ciudadanía es una necesidad actual. M. Puig Gutiérrez, S. Domene Martis y J. A. Morales Lozano "Educación para la ciudadanía: referentes europeos". Teor. educ. 22, 2-2010. Salamanca: Ediciones Universidad de Salamanca, 85-11.

La educación

- a) no ayuda a entender cuáles son los derechos y deberes del individuo
- b) ayuda a las personas a lo largo de su vida
- c) sirve solamente en la edad infantil
- d) es únicamente instrucción escolar

**Quesito 7 Domanda D** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

¿Por qué educación para la ciudadanía?

Entre los fines de la educación siempre ha estado presente la socialización, e incluso para algunos pensadores de la historia, la educación se configuraba como el más eficaz instrumento socializador. Delval (2006) señala entre estos pensadores al sociólogo francés Durkheim, quien definía la educación como la socialización sistemática de la generación joven, porque era a través de ella como se transmitían las formas de vida, los conocimientos, los valores y otros rasgos fundamentales de la cultura de una sociedad. Por lo tanto, la educación no se limita a la enseñanza de contenidos, sino que, más allá de la instrucción, es una enseñanza para la vida y una herramienta para garantizar el desarrollo y el progreso de la sociedad. La educación ha dejado de ser propia de determinadas etapas evolutivas para convertirse en una necesidad constante a lo largo de la vida. Actualmente, estamos asistiendo a un realce de la educación como factor clave para el desarrollo de destrezas, habilidades y actitudes que garanticen la convivencia y salvaguarden los derechos y deberes de los seres

humanos. La denominada sociedad del conocimiento reclama sujetos capaces de enfrentarse a los cambios constantes, de tomar decisiones, de seleccionar información y de tomar conciencia de la necesidad de garantizar la convivencia y luchar por la igualdad de derechos. Sin lugar a dudas las teorías planteadas por diversos autores [que] manifiestan el sentir general de una sociedad que, sometida a continuos cambios, delega cada vez más sobre las instituciones educativas y las reconoce como espacios idóneos donde practicar y vivir la democracia y los valores que garantizan la convivencia respetando las diferencias. De este modo cobra sentido la denominada «educación para la Ciudadanía» como un factor que contribuye a los objetivos socializadores propios de las escuelas. Por lo tanto, entendemos que educar para la ciudadanía es una necesidad actual.

M. Puig Gutiérrez, S. Domene Martis y J. A. Morales Lozano "Educación para la ciudadanía: referentes europeos". Teor. educ. 22, 2-2010. Salamanca: Ediciones Universidad de Salamanca, 85-11.

¿Qué reclama la denominada sociedad del conocimiento?

- a) La sociedad del conocimiento no existe
- b) Que toda la población sepa leer y escribir
- c) Por ejemplo, que los sujetos puedan ser libres a la hora de decidir
- d) Que se obedezca sin criterio

**Quesito 7 Domanda E** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

¿Por qué educación para la ciudadanía?

Entre los fines de la educación siempre ha estado presente la socialización, e incluso para algunos pensadores de la historia, la educación se configuraba como el más eficaz instrumento socializador. Delval (2006) señala entre estos pensadores al sociólogo francés Durkheim, quien definía la educación como la socialización sistemática de la generación joven, porque era a través de ella como se transmitían las formas de vida, los conocimientos, los valores y otros rasgos fundamentales de la cultura de una sociedad. Por lo tanto, la educación no se limita a la enseñanza de contenidos, sino que, más allá de la instrucción, es una enseñanza para la vida y una herramienta para garantizar el desarrollo y el progreso de la sociedad. La educación ha dejado de ser propia de determinadas etapas evolutivas para convertirse en una necesidad constante a lo largo de la vida.

Actualmente, estamos asistiendo a un realce de la educación como factor clave para el desarrollo de destrezas, habilidades y actitudes que garanticen la convivencia y salvaguarden los derechos y deberes de los seres humanos. La denominada sociedad del conocimiento reclama sujetos capaces de enfrentarse a los cambios constantes, de tomar decisiones, de seleccionar información y de tomar conciencia de la necesidad de garantizar la convivencia y luchar por la igualdad de derechos. Sin lugar a dudas las teorías planteadas por diversos autores [que] manifiestan el sentir general de una sociedad que, sometida a continuos cambios, delega cada vez más sobre las instituciones educativas y las reconoce como espacios idóneos donde practicar y vivir la democracia y los valores que garantizan la convivencia respetando las diferencias. De este modo cobra sentido la denominada «educación para la Ciudadanía» como un factor que contribuye a los objetivos socializadores propios de las escuelas. Por lo tanto, entendemos que educar para la ciudadanía es una necesidad actual.

M. Puig Gutiérrez, S. Domene Martis y J. A. Morales Lozano "Educación para la ciudadanía: referentes europeos". Teor. educ. 22, 2-2010. Salamanca: Ediciones Universidad de Salamanca, 85-11.

La sociedad actual

- a) cree que se puede vivir sin respetar las diferencias
- b) delega cada vez más a las instituciones educativas la formación para la ciudadanía
- c) cree que los espacios institucionales no son idóneos para los jóvenes
- d) delega a los padres la enseñanza de los hijos

**Quesito 8 Domanda A** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La orientación educativa, una necesidad para la educación en valores humanos

[...] El significado de la educación en valores no puede ser circunscrito a una especie de adoctrinamiento con el cual "se inculquen" o formen unos determinados valores predeterminados metafísicamente de antemano.

Aunque es necesario para no caer en el relativismo moral, tener bien claras las bases o criterios objetivos que permiten discernir lo valioso de su contrario, se comparte la idea (...) de que educar en valores significa preparar o educar para valorar.

La educación en valores humanos tiene un profundo anclaje en la naturaleza de las relaciones sociales, lo cual se revela rápidamente en como se comprende sus puntos de partida y sus fines. Martín Gordillo en el desarrollo de la capacidad de valorar enfatiza la pluralidad de las opciones y la autonomía que debe guiar las elecciones, sin inscribir las coordenadas de los valores "...Se trataría de educar para desarrollar la capacidad de valorar, esto es, para asumir la necesidad de elegir entre opciones abiertas en diversos ámbitos de la vida humana (...)" . La orientación educativa permite guiar las acciones en función de la formación integral y armónica de la personalidad del estudiante, en función del encargo social que asume la educación y en correspondencia con las necesidades e intereses de nuestros tiempos. (...).

La política social define los objetivos de la política educativa, esta última debe a través de los diagnósticos educativos trazar las pautas de la orientación hacia donde encaminar la educación en valores humanos, en correspondencia con el proyecto social de que se trate, en esta misma idea se fundamenta el objetivo del presente trabajo, es decir, mostrar la relación dialéctica entre la orientación educativa, vista en varias de sus dimensiones y la educación en valores humanos como objetivo central del proceso educativo en los centros docentes y el proceso formativo definido por la política social del estado.

(Adaptado de La orientación educativa, una necesidad para la educación en valores humanos,

<http://www.monografias.com/trabajos75/orientacion-educativa-educacion-valores-humanos/orientacion-educativa-educacion-valores-humanos.shtml>

)

¿Según el texto cuáles deben ser los principios fundantes de la educación de valores?

- a) Principios individualistas inculcados de antemano
- b) Valores objetivos que, a pesar de su base universal, dejen bastante libertad para evaluar bien
- c) Principios ideales establecidos con antelación
- d) Valores basados en el relativismo moral

**Quesito 8 Domanda B** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La orientación educativa, una necesidad para la educación en valores humanos

[...] El significado de la educación en valores no puede ser circunscrito a una especie de adoctrinamiento con el cual "se inculquen" o formen unos determinados valores predeterminados metafísicamente de antemano.

Aunque es necesario para no caer en el relativismo moral, tener bien claras las bases o criterios objetivos que permiten discernir lo valioso de su contrario, se comparte la idea (...) de que educar en valores significa preparar o educar para valorar.

La educación en valores humanos tiene un profundo anclaje en la naturaleza de las relaciones sociales, lo cual se revela rápidamente en como se comprende sus puntos de partida y sus fines. Martín Gordillo en el desarrollo de la capacidad de valorar enfatiza la pluralidad de las opciones y la autonomía que debe guiar las elecciones, sin inscribir las coordenadas de los valores "...Se trataría de educar para desarrollar la capacidad de valorar, esto es, para asumir la necesidad de elegir entre opciones abiertas en diversos ámbitos de la vida humana (...)" . La orientación educativa permite guiar las acciones en función de la formación integral y armónica de la personalidad del estudiante, en función del encargo social que asume la educación y en correspondencia con las

necesidades e intereses de nuestros tiempos. (...).

La política social define los objetivos de la política educativa, esta última debe a través de los diagnósticos educativos trazar las pautas de la orientación hacia donde encaminar la educación en valores humanos, en correspondencia con el proyecto social de que se trate, en esta misma idea se fundamenta el objetivo del presente trabajo, es decir, mostrar la relación dialéctica entre la orientación educativa, vista en varias de sus dimensiones y la educación en valores humanos como objetivo central del proceso educativo en los centros docentes y el proceso formativo definido por la política social del estado.

(Adaptado de La orientación educativa, una necesidad para la educación en valores humanos,

<http://www.monografias.com/trabajos75/orientacion-educativa-educacion-valores-humanos/orientacion-educativa-educacion-valores-humanos.shtml>

)

¿Qué opina Martín Gordillo sobre el tema de la educación en valores?

- a) Cree que es justo elaborar criterios fijos y firmes
- b) Considera que hace falta elaborar criterios que favorezcan una toma de decisión libre y consciente
- c) Para él la libertad de elección no es conveniente
- d) Está de acuerdo con el establecimiento de valores unívocos predeterminados de antemano

**Quesito 8 Domanda C** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La orientación educativa, una necesidad para la educación en valores humanos

[...] El significado de la educación en valores no puede ser circunscrito a una especie de adoctrinamiento con el cual "se inculquen" o formen unos determinados valores predeterminados metafísicamente de antemano.

Aunque es necesario para no caer en el relativismo moral, tener bien claras las bases o criterios objetivos que permiten discernir lo valioso de su contrario, se comparte la idea (...) de que educar en valores significa preparar o educar para valorar.

La educación en valores humanos tiene un profundo anclaje en la naturaleza de las relaciones sociales, lo cual se revela rápidamente en como se comprende sus puntos de partida y sus fines. Martín Gordillo en el desarrollo de la capacidad de valorar enfatiza la pluralidad de las opciones y la autonomía que debe guiar las elecciones, sin inscribir las coordenadas de los valores "...Se trataría de educar para desarrollar la capacidad de valorar, esto es, para asumir la necesidad de elegir entre opciones abiertas en diversos ámbitos de la vida humana (...)". La orientación educativa permite guiar las acciones en función de la formación integral y armónica de la personalidad del estudiante, en función del encargo social que asume la educación y en correspondencia con las necesidades e intereses de nuestros tiempos. (...).

La política social define los objetivos de la política educativa, esta última debe a través de los diagnósticos educativos trazar las pautas de la orientación hacia donde encaminar la educación en valores humanos, en correspondencia con el proyecto social de que se trate, en esta misma idea se fundamenta el objetivo del presente trabajo, es decir, mostrar la relación dialéctica entre la orientación educativa, vista en varias de sus dimensiones y la educación en valores humanos como objetivo central del proceso educativo en los centros docentes y el proceso formativo definido por la política social del estado.

(Adaptado de La orientación educativa, una necesidad para la educación en valores humanos,

<http://www.monografias.com/trabajos75/orientacion-educativa-educacion-valores-humanos/orientacion-educativa-educacion-valores-humanos.shtml>

)

¿Qué relación existe entre la orientación educativa y la formación integral del estudiante?

- a) La orientación educativa es el punto de partida para conseguir una formación completa del estudiante
- b) La formación integral es un proceso previo con respecto a la orientación educativa

- c) La orientación educativa dificulta las acciones necesarias para la formación
- d) La formación integral del estudiante es el punto de partida para el inicio del proceso de la orientación educativa

**Quesito 8 Domanda D** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La orientación educativa, una necesidad para la educación en valores humanos

[...] El significado de la educación en valores no puede ser circunscrito a una especie de adoctrinamiento con el cual "se inculquen" o formen unos determinados valores predeterminados metafísicamente de antemano.

Aunque es necesario para no caer en el relativismo moral, tener bien claras las bases o criterios objetivos que permiten discernir lo valioso de su contrario, se comparte la idea (...) de que educar en valores significa preparar o educar para valorar.

La educación en valores humanos tiene un profundo anclaje en la naturaleza de las relaciones sociales, lo cual se revela rápidamente en como se comprende sus puntos de partida y sus fines. Martín Gordillo en el desarrollo de la capacidad de valorar enfatiza la pluralidad de las opciones y la autonomía que debe guiar las elecciones, sin inscribir las coordenadas de los valores "...Se trataría de educar para desarrollar la capacidad de valorar, esto es, para asumir la necesidad de elegir entre opciones abiertas en diversos ámbitos de la vida humana (...)"

La orientación educativa permite guiar las acciones en función de la formación integral y armónica de la personalidad del estudiante, en función del encargo social que asume la educación y en correspondencia con las necesidades e intereses de nuestros tiempos. (...).

La política social define los objetivos de la política educativa, esta última debe a través de los diagnósticos educativos trazar las pautas de la orientación hacia donde encaminar la educación en valores humanos, en correspondencia con el proyecto social de que se trate, en esta misma idea se fundamenta el objetivo del presente trabajo, es decir, mostrar la relación dialéctica entre la orientación educativa, vista en varias de sus dimensiones y la educación en valores humanos como objetivo central del proceso educativo en los centros docentes y el proceso formativo definido por la política social del estado.

(Adaptado de La orientación educativa, una necesidad para la educación en valores humanos,

<http://www.monografias.com/trabajos75/orientacion-educativa-educacion-valores-humanos/orientacion-educativa-educacion-valores-humanos.shtml>

)

¿Cuáles son las coordenadas en las que se tiene que inscribir la política orientadora?

- a) La política orientadora puede pasar por lo alto el proyecto social de la adquisición de los valores sociales
- b) Los valores sociales y humanos se inspiran en los principios orientadores
- c) La política orientadora tiene que prescindir del proyecto social de la adquisición de valores sociales
- d) Los valores sociales y humanos deben guiar la política orientadora

**Quesito 8 Domanda E** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La orientación educativa, una necesidad para la educación en valores humanos

[...] El significado de la educación en valores no puede ser circunscrito a una especie de adoctrinamiento con el cual "se inculquen" o formen unos determinados valores predeterminados metafísicamente de antemano.

Aunque es necesario para no caer en el relativismo moral, tener bien claras las bases o criterios objetivos que permiten discernir lo valioso de su contrario, se comparte la idea (...) de que educar en valores significa preparar o educar para valorar.

La educación en valores humanos tiene un profundo anclaje en la naturaleza de las relaciones sociales, lo cual

se revela rápidamente en como se comprende sus puntos de partida y sus fines. Martín Gordillo en el desarrollo de la capacidad de valorar enfatiza la pluralidad de las opciones y la autonomía que debe guiar las elecciones, sin inscribir las coordenadas de los valores "...Se trataría de educar para desarrollar la capacidad de valorar, esto es, para asumir la necesidad de elegir entre opciones abiertas en diversos ámbitos de la vida humana (...)" La orientación educativa permite guiar las acciones en función de la formación integral y armónica de la personalidad del estudiante, en función del encargo social que asume la educación y en correspondencia con las necesidades e intereses de nuestros tiempos. (...).

La política social define los objetivos de la política educativa, esta última debe a través de los diagnósticos educativos trazar las pautas de la orientación hacia donde encaminar la educación en valores humanos, en correspondencia con el proyecto social de que se trate, en esta misma idea se fundamenta el objetivo del presente trabajo, es decir, mostrar la relación dialéctica entre la orientación educativa, vista en varias de sus dimensiones y la educación en valores humanos como objetivo central del proceso educativo en los centros docentes y el proceso formativo definido por la política social del estado.

(Adaptado de La orientación educativa, una necesidad para la educación en valores humanos,  
<http://www.monografias.com/trabajos75/orientacion-educativa-educacion-valores-humanos/orientacion-educativa-educacion-valores-humanos.shtml>  
)

¿Según el texto, hay alguna relación entre la política orientadora y la política social?

- a) No hay ninguna relación entre ellas
- b) Sí, hay una correlación muy estrecha
- c) Aunque entre la política orientadora y la política social hay un nexo, la relación entre las dos no es fundamental
- d) La política social del estado desestima el rol de la acción orientadora

## Domande a risposta multipla - FR

**Quesito 7 Domanda A** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Si le lycée doit préparer les jeunes au baccalauréat ainsi qu'aux études supérieures, nous avons aujourd'hui tendance à oublier que son rôle est également de former le citoyen de demain. Nous éprouvons ainsi la nécessité de nous interroger sur la capacité qu'a aujourd'hui l'école de la République, et plus particulièrement le lycée, à faire de ses enfants de futurs citoyens.

L'une des dernières réponses du ministère de l'Éducation nationale à ce problème fut la création de l'Enseignement moral et civique (EMC), remplaçant feu l'Éducation civique juridique et sociale (ECJS). L'intention de cet enseignement nous semblait louable et plutôt positive : débattre des grands principes de la République dans un cours transversal. Pourtant, nous nous sommes rapidement aperçus qu'il ne pourrait remplir son rôle dans les faits : les thématiques sont extrêmement larges et théoriques, les enseignants n'ont pas été formés et ne disposent que d'une heure toutes les deux semaines.

Tout d'abord, nous proposons la mise en place de cours de philosophie dès la classe de seconde et ce, pour tous les lycéens, de sections générales, technologiques comme professionnelles. Les professeurs de philosophie ne souhaitent pas enseigner la morale mais apprendre à penser par soi-même et développer un esprit critique, un libre arbitre mais aussi une conscience citoyenne. La matière serait introduite avec une grande place laissée aux débats, à la réflexion qui s'ajouterait à la présentation de la pensée des philosophes. La majorité des lycéens et des professeurs considère qu'un an de philosophie dans une vie n'est pas suffisant. En effet, la philosophie, en plus de former, de faire évoluer et de favoriser la maturation personnelle d'un individu, permet aussi de mieux comprendre le monde qui nous entoure et, par conséquent, les raisons pour lesquelles l'extrémisme, qu'il soit politique ou religieux, n'est pas la solution aux problèmes sociaux et économiques. Il est donc essentiel que son apprentissage se déroule sur plusieurs années, comme dans de nombreux pays européens.

Adapté de Le Monde.fr | 18.03.2016

Quel est le sujet de l'article?

- a) Des propositions pour former un futur orateur.
- b) Des propositions pour former un futur homme politique.
- c) Des propositions pour former un bon citoyen.
- d) Des propositions pour former un lycéen.

**Quesito 7 Domanda B** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Si le lycée doit préparer les jeunes au baccalauréat ainsi qu'aux études supérieures, nous avons aujourd'hui tendance à oublier que son rôle est également de former le citoyen de demain. Nous éprouvons ainsi la nécessité de nous interroger sur la capacité qu'a aujourd'hui l'école de la République, et plus particulièrement le lycée, à faire de ses enfants de futurs citoyens.

L'une des dernières réponses du ministère de l'Éducation nationale à ce problème fut la création de l'Enseignement moral et civique (EMC), remplaçant feu l'Éducation civique juridique et sociale (ECJS). L'intention de cet enseignement nous semblait louable et plutôt positive : débattre des grands principes de la République dans un cours transversal. Pourtant, nous nous sommes rapidement aperçus qu'il ne pourrait remplir son rôle dans les faits : les thématiques sont extrêmement larges et théoriques, les enseignants n'ont pas été formés et ne disposent que d'une heure toutes les deux semaines.

Tout d'abord, nous proposons la mise en place de cours de philosophie dès la classe de seconde et ce, pour tous les lycéens, de sections générales, technologiques comme professionnelles. Les professeurs de philosophie ne souhaitent pas enseigner la morale mais apprendre à penser par soi-même et développer un esprit critique, un libre arbitre mais aussi une conscience citoyenne. La matière serait introduite avec une grande place laissée aux débats, à la réflexion qui s'ajouterait à la présentation de la pensée des philosophes. La majorité des lycéens et des professeurs considère qu'un an de philosophie dans une vie n'est pas suffisant. En effet, la philosophie, en plus de former, de faire évoluer et de favoriser la maturation personnelle d'un individu, permet aussi de mieux comprendre le monde qui nous entoure et, par conséquent, les raisons pour lesquelles l'extrémisme, qu'il soit politique ou religieux, n'est pas la solution aux problèmes sociaux et économiques. Il est donc essentiel que son apprentissage se déroule sur plusieurs années, comme dans de nombreux pays européens.

Adapté de Le Monde.fr | 18.03.2016

Pourquoi l'enseignement de l'EMC est-il présenté comme un échec?

- a) Parce que c'est inintéressant.
- b) Parce que cette matière est mal acceptée par les ados.
- c) Parce qu'il est trop complexe et qu'il dispose d'un nombre d'heures très limité.
- d) Parce que les professeurs sont incompetents.

**Quesito 7 Domanda C** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Si le lycée doit préparer les jeunes au baccalauréat ainsi qu'aux études supérieures, nous avons aujourd'hui tendance à oublier que son rôle est également de former le citoyen de demain. Nous éprouvons ainsi la nécessité de nous interroger sur la capacité qu'a aujourd'hui l'école de la République, et plus particulièrement le lycée, à faire de ses enfants de futurs citoyens.

L'une des dernières réponses du ministère de l'Éducation nationale à ce problème fut la création de l'Enseignement moral et civique (EMC), remplaçant feu l'Éducation civique juridique et sociale (ECJS). L'intention de cet enseignement nous semblait louable et plutôt positive : débattre des grands principes de la République dans un cours transversal. Pourtant, nous nous sommes rapidement aperçus qu'il ne pourrait remplir son rôle dans les faits : les thématiques sont extrêmement larges et théoriques, les enseignants n'ont pas été formés et



ne disposent que d'une heure toutes les deux semaines.

Tout d'abord, nous proposons la mise en place de cours de philosophie dès la classe de seconde et ce, pour tous les lycéens, de sections générales, technologiques comme professionnelles. Les professeurs de philosophie ne souhaitent pas enseigner la morale mais apprendre à penser par soi-même et développer un esprit critique, un libre arbitre mais aussi une conscience citoyenne. La matière serait introduite avec une grande place laissée aux débats, à la réflexion qui s'ajouterait à la présentation de la pensée des philosophes. La majorité des lycéens et des professeurs considère qu'un an de philosophie dans une vie n'est pas suffisant. En effet, la philosophie, en plus de former, de faire évoluer et de favoriser la maturation personnelle d'un individu, permet aussi de mieux comprendre le monde qui nous entoure et, par conséquent, les raisons pour lesquelles l'extrémisme, qu'il soit politique ou religieux, n'est pas la solution aux problèmes sociaux et économiques. Il est donc essentiel que son apprentissage se déroule sur plusieurs années, comme dans de nombreux pays européens.

Adapté de Le Monde.fr | 18.03.2016

Quelle est la matière qu'il faudrait enseigner davantage?

- a) L'EMC.
- b) La philosophie.
- c) L'ECJS.
- d) L'histoire.

**Quesito 7 Domanda D** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Si le lycée doit préparer les jeunes au baccalauréat ainsi qu'aux études supérieures, nous avons aujourd'hui tendance à oublier que son rôle est également de former le citoyen de demain. Nous éprouvons ainsi la nécessité de nous interroger sur la capacité qu'a aujourd'hui l'école de la République, et plus particulièrement le lycée, à faire de ses enfants de futurs citoyens.

L'une des dernières réponses du ministère de l'Éducation nationale à ce problème fut la création de l'Enseignement moral et civique (EMC), remplaçant feu l'Éducation civique juridique et sociale (ECJS). L'intention de cet enseignement nous semblait louable et plutôt positive : débattre des grands principes de la République dans un cours transversal. Pourtant, nous nous sommes rapidement aperçus qu'il ne pourrait remplir son rôle dans les faits : les thématiques sont extrêmement larges et théoriques, les enseignants n'ont pas été formés et ne disposent que d'une heure toutes les deux semaines.

Tout d'abord, nous proposons la mise en place de cours de philosophie dès la classe de seconde et ce, pour tous les lycéens, de sections générales, technologiques comme professionnelles. Les professeurs de philosophie ne souhaitent pas enseigner la morale mais apprendre à penser par soi-même et développer un esprit critique, un libre arbitre mais aussi une conscience citoyenne. La matière serait introduite avec une grande place laissée aux débats, à la réflexion qui s'ajouterait à la présentation de la pensée des philosophes. La majorité des lycéens et des professeurs considère qu'un an de philosophie dans une vie n'est pas suffisant. En effet, la philosophie, en plus de former, de faire évoluer et de favoriser la maturation personnelle d'un individu, permet aussi de mieux comprendre le monde qui nous entoure et, par conséquent, les raisons pour lesquelles l'extrémisme, qu'il soit politique ou religieux, n'est pas la solution aux problèmes sociaux et économiques. Il est donc essentiel que son apprentissage se déroule sur plusieurs années, comme dans de nombreux pays européens.

Adapté de Le Monde.fr | 18.03.2016

Dans quelle classe l'enseignement de la matière de la question 7C devrait-il débiter?

- a) En Terminale.
- b) En 2nde.
- c) En 3ème.

d) En 1ère.

**Quesito 7 Domanda E** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Si le lycée doit préparer les jeunes au baccalauréat ainsi qu'aux études supérieures, nous avons aujourd'hui tendance à oublier que son rôle est également de former le citoyen de demain. Nous éprouvons ainsi la nécessité de nous interroger sur la capacité qu'a aujourd'hui l'école de la République, et plus particulièrement le lycée, à faire de ses enfants de futurs citoyens.

L'une des dernières réponses du ministère de l'Éducation nationale à ce problème fut la création de l'Enseignement moral et civique (EMC), remplaçant feu l'Éducation civique juridique et sociale (ECJS). L'intention de cet enseignement nous semblait louable et plutôt positive : débattre des grands principes de la République dans un cours transversal. Pourtant, nous nous sommes rapidement aperçus qu'il ne pourrait remplir son rôle dans les faits : les thématiques sont extrêmement larges et théoriques, les enseignants n'ont pas été formés et ne disposent que d'une heure toutes les deux semaines.

Tout d'abord, nous proposons la mise en place de cours de philosophie dès la classe de seconde et ce, pour tous les lycéens, de sections générales, technologiques comme professionnelles. Les professeurs de philosophie ne souhaitent pas enseigner la morale mais apprendre à penser par soi-même et développer un esprit critique, un libre arbitre mais aussi une conscience citoyenne. La matière serait introduite avec une grande place laissée aux débats, à la réflexion qui s'ajouterait à la présentation de la pensée des philosophes. La majorité des lycéens et des professeurs considère qu'un an de philosophie dans une vie n'est pas suffisant. En effet, la philosophie, en plus de former, de faire évoluer et de favoriser la maturation personnelle d'un individu, permet aussi de mieux comprendre le monde qui nous entoure et, par conséquent, les raisons pour lesquelles l'extrémisme, qu'il soit politique ou religieux, n'est pas la solution aux problèmes sociaux et économiques. Il est donc essentiel que son apprentissage se déroule sur plusieurs années, comme dans de nombreux pays européens.

Adapté de Le Monde.fr | 18.03.2016

Quelle méthodologie devrait être adoptée pour enseigner la matière de la question 7C?

- a) Des documentaires.
- b) Les débats et la réflexion.
- c) Des lectures.
- d) Celle des leçons traditionnelles.

**Quesito 8 Domanda A** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'apprentissage de l'exercice pratique de la citoyenneté apparaît plus que jamais essentiel compte tenu du déficit démocratique constaté aujourd'hui dans l'ensemble des pays développés. En effet, il semble que l'écart entre l'idéal démocratique et la réalité des expériences s'accroisse constamment.

Ainsi, aux États-Unis, un rapport publié dans les années 1990 démontrait que la nouvelle génération arrivant à l'âge adulte n'était pas préparée à soutenir la démocratie. Dix ans plus tard, un rapport tout aussi inquiétant montrait que l'éducation civique n'était pas à la hauteur du défi démocratique. On observe les mêmes tendances en Europe. Une enquête est menée tous les dix ans, depuis 1970, à travers les États européens sur les valeurs préférées par les citoyens. L'ordre de ces préférences demeure relativement stable. Les valeurs familiales arrivent en tête, plébiscitées par 86% des personnes interrogées; suivent le travail (54%), les amis (37%), les loisirs et la religion. La politique n'apparaît qu'en queue de peloton (8%).

La conclusion est sans appel: la politique n'attire pas les jeunes citoyens. Or il ne faut pas se contenter de ce constat, mais tout mettre en œuvre pour y remédier. Surtout quand on sait que seulement un jeune sur dix participe activement à la vie politique ou associative. Les raisons sont claires: le niveau de pression qui pèse sur les épaules des jeunes générations est insupportable. Une avalanche de problématiques diverses sont en effet laissés à leur charge: les problèmes d'environnement, la montée des inégalités économiques, le vieillissement de

la population. La conséquence de ce report des difficultés sur les générations futures, c'est que les jeunes refusent d'assumer la responsabilité de ce monde. Le problème de la cohésion sociale et de la participation active à la vie politique et sociale, en tant que citoyens, se pose donc avec une acuité toute particulière.  
Adapté de : [www.education.gouv.fr/archives/2012/refondonslecole](http://www.education.gouv.fr/archives/2012/refondonslecole)

Le texte nous dit que l'éducation à la citoyenneté est essentielle parce que :

- a) l'écart se creuse entre la démocratie idéale et la démocratie réelle.
- b) les citoyens privilégient des valeurs qui ne sont pas démocratiques.
- c) la politique ne concerne plus les générations futures.
- d) les jeunes générations sont responsables de la plupart des maux de ce monde.

**Quesito 8 Domanda B** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'apprentissage de l'exercice pratique de la citoyenneté apparaît plus que jamais essentiel compte tenu du déficit démocratique constaté aujourd'hui dans l'ensemble des pays développés. En effet, il semble que l'écart entre l'idéal démocratique et la réalité des expériences s'accroisse constamment.

Ainsi, aux États-Unis, un rapport publié dans les années 1990 démontrait que la nouvelle génération arrivant à l'âge adulte n'était pas préparée à soutenir la démocratie. Dix ans plus tard, un rapport tout aussi inquiétant montrait que l'éducation civique n'était pas à la hauteur du défi démocratique. On observe les mêmes tendances en Europe. Une enquête est menée tous les dix ans, depuis 1970, à travers les États européens sur les valeurs préférées par les citoyens. L'ordre de ces préférences demeure relativement stable. Les valeurs familiales arrivent en tête, plébiscitées par 86% des personnes interrogées; suivent le travail (54%), les amis (37%), les loisirs et la religion. La politique n'apparaît qu'en queue de peloton (8%).

La conclusion est sans appel: la politique n'attire pas les jeunes citoyens. Or il ne faut pas se contenter de ce constat, mais tout mettre en œuvre pour y remédier. Surtout quand on sait que seulement un jeune sur dix participe activement à la vie politique ou associative. Les raisons sont claires: le niveau de pression qui pèse sur les épaules des jeunes générations est insupportable. Une avalanche de problématiques diverses sont en effet laissés à leur charge: les problèmes d'environnement, la montée des inégalités économiques, le vieillissement de la population. La conséquence de ce report des difficultés sur les générations futures, c'est que les jeunes refusent d'assumer la responsabilité de ce monde. Le problème de la cohésion sociale et de la participation active à la vie politique et sociale, en tant que citoyens, se pose donc avec une acuité toute particulière.

Adapté de : [www.education.gouv.fr/archives/2012/refondonslecole](http://www.education.gouv.fr/archives/2012/refondonslecole)

Les jeunes citoyens participent peu à la vie associative parce que :

- a) ils manquent d'ambition.
- b) les valeurs des citoyens sont stables.
- c) ils refusent de porter le poids des problèmes laissés à leur charge.
- d) ils soutiennent le vieillissement de la population.

**Quesito 8 Domanda C** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'apprentissage de l'exercice pratique de la citoyenneté apparaît plus que jamais essentiel compte tenu du déficit démocratique constaté aujourd'hui dans l'ensemble des pays développés. En effet, il semble que l'écart entre l'idéal démocratique et la réalité des expériences s'accroisse constamment.

Ainsi, aux États-Unis, un rapport publié dans les années 1990 démontrait que la nouvelle génération arrivant à l'âge adulte n'était pas préparée à soutenir la démocratie. Dix ans plus tard, un rapport tout aussi inquiétant montrait que l'éducation civique n'était pas à la hauteur du défi démocratique. On observe les mêmes tendances en Europe. Une enquête est menée tous les dix ans, depuis 1970, à travers les États européens sur les valeurs préférées par les citoyens. L'ordre de ces préférences demeure relativement stable. Les valeurs familiales arrivent en tête, plébiscitées par 86% des personnes interrogées; suivent le travail (54%), les amis (37%), les loisirs et la religion. La politique n'apparaît qu'en queue de peloton (8%).

La conclusion est sans appel: la politique n'attire pas les jeunes citoyens. Or il ne faut pas se contenter de ce constat, mais tout mettre en œuvre pour y remédier. Surtout quand on sait que seulement un jeune sur dix participe activement à la vie politique ou associative. Les raisons sont claires: le niveau de pression qui pèse sur les épaules des jeunes générations est insupportable. Une avalanche de problématiques diverses sont en effet laissés à leur charge: les problèmes d'environnement, la montée des inégalités économiques, le vieillissement de la population. La conséquence de ce report des difficultés sur les générations futures, c'est que les jeunes refusent d'assumer la responsabilité de ce monde. Le problème de la cohésion sociale et de la participation active à la vie politique et sociale, en tant que citoyens, se pose donc avec une acuité toute particulière.

Adapté de : [www.education.gouv.fr/archives/2012/refondonslecole](http://www.education.gouv.fr/archives/2012/refondonslecole)

Selon l'auteur, la vie politique n'attire pas les jeunes générations parce que :

- a) la cohésion sociale n'est pas une priorité.
- b) les inégalités économiques s'accroissent.
- c) ils préfèrent travailler.
- d) on leur demande d'endosser des responsabilités qu'ils ne sont pas prêts à assumer.

**Quesito 8 Domanda D** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'apprentissage de l'exercice pratique de la citoyenneté apparaît plus que jamais essentiel compte tenu du déficit démocratique constaté aujourd'hui dans l'ensemble des pays développés. En effet, il semble que l'écart entre l'idéal démocratique et la réalité des expériences s'accroisse constamment.

Ainsi, aux États-Unis, un rapport publié dans les années 1990 démontrait que la nouvelle génération arrivant à l'âge adulte n'était pas préparée à soutenir la démocratie. Dix ans plus tard, un rapport tout aussi inquiétant montrait que l'éducation civique n'était pas à la hauteur du défi démocratique. On observe les mêmes tendances en Europe. Une enquête est menée tous les dix ans, depuis 1970, à travers les États européens sur les valeurs préférées par les citoyens. L'ordre de ces préférences demeure relativement stable. Les valeurs familiales arrivent en tête, plébiscitées par 86% des personnes interrogées; suivent le travail (54%), les amis (37%), les loisirs et la religion. La politique n'apparaît qu'en queue de peloton (8%).

La conclusion est sans appel: la politique n'attire pas les jeunes citoyens. Or il ne faut pas se contenter de ce constat, mais tout mettre en œuvre pour y remédier. Surtout quand on sait que seulement un jeune sur dix participe activement à la vie politique ou associative. Les raisons sont claires: le niveau de pression qui pèse sur les épaules des jeunes générations est insupportable. Une avalanche de problématiques diverses sont en effet laissés à leur charge: les problèmes d'environnement, la montée des inégalités économiques, le vieillissement de la population. La conséquence de ce report des difficultés sur les générations futures, c'est que les jeunes refusent d'assumer la responsabilité de ce monde. Le problème de la cohésion sociale et de la participation active à la vie politique et sociale, en tant que citoyens, se pose donc avec une acuité toute particulière.

Adapté de : [www.education.gouv.fr/archives/2012/refondonslecole](http://www.education.gouv.fr/archives/2012/refondonslecole)

Le texte nous dit que pour combler le déficit démocratique il faut :

- a) relancer l'éducation civique et la pratique de la citoyenneté.
- b) suivre l'exemple des États-Unis.

- c) renverser l'ordre des valeurs des Européens.
- d) reporter les grandes problématiques sur d'autres citoyens.

**Quesito 8 Domanda E** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'apprentissage de l'exercice pratique de la citoyenneté apparaît plus que jamais essentiel compte tenu du déficit démocratique constaté aujourd'hui dans l'ensemble des pays développés. En effet, il semble que l'écart entre l'idéal démocratique et la réalité des expériences s'accroisse constamment.

Ainsi, aux États-Unis, un rapport publié dans les années 1990 démontrait que la nouvelle génération arrivant à l'âge adulte n'était pas préparée à soutenir la démocratie. Dix ans plus tard, un rapport tout aussi inquiétant montrait que l'éducation civique n'était pas à la hauteur du défi démocratique. On observe les mêmes tendances en Europe. Une enquête est menée tous les dix ans, depuis 1970, à travers les États européens sur les valeurs préférées par les citoyens. L'ordre de ces préférences demeure relativement stable. Les valeurs familiales arrivent en tête, plébiscitées par 86% des personnes interrogées; suivent le travail (54%), les amis (37%), les loisirs et la religion. La politique n'apparaît qu'en queue de peloton (8%).

La conclusion est sans appel: la politique n'attire pas les jeunes citoyens. Or il ne faut pas se contenter de ce constat, mais tout mettre en œuvre pour y remédier. Surtout quand on sait que seulement un jeune sur dix participe activement à la vie politique ou associative. Les raisons sont claires: le niveau de pression qui pèse sur les épaules des jeunes générations est insupportable. Une avalanche de problématiques diverses sont en effet laissés à leur charge: les problèmes d'environnement, la montée des inégalités économiques, le vieillissement de la population. La conséquence de ce report des difficultés sur les générations futures, c'est que les jeunes refusent d'assumer la responsabilité de ce monde. Le problème de la cohésion sociale et de la participation active à la vie politique et sociale, en tant que citoyens, se pose donc avec une acuité toute particulière.

Adapté de : [www.education.gouv.fr/archives/2012/refondonslecole](http://www.education.gouv.fr/archives/2012/refondonslecole)

Pour renforcer l'exercice pratique de la citoyenneté des jeunes générations il faut :

- a) que jeunesse se passe.
- b) les éduquer à partager le poids des responsabilités.
- c) leur laisser le loisir de choisir.
- d) renforcer le rôle de la religion.